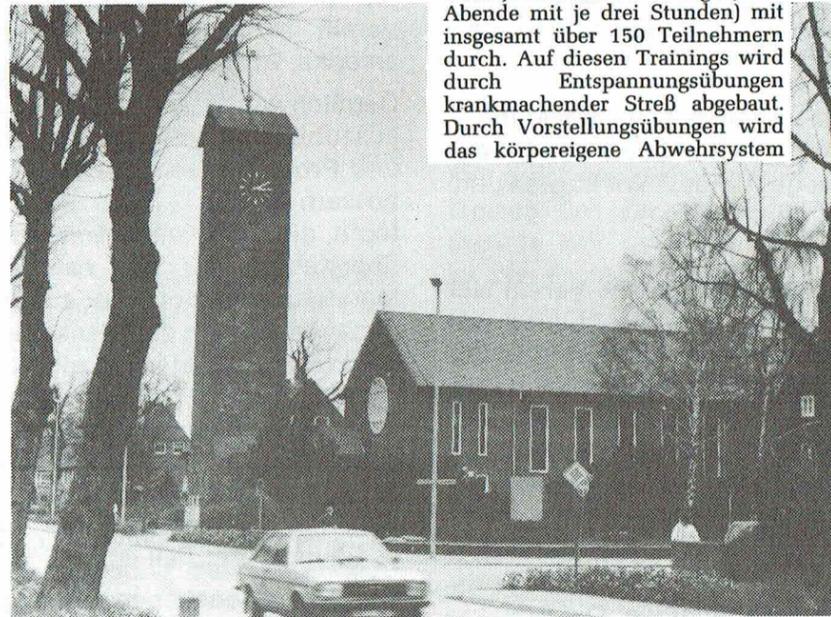


**Für Sie gelesen**



anzubieten. Der Diplompsychologe K. P. Dörfer entwickelte ein Programm und führte innerhalb eines Jahres zehn Trainings (zehn Abende mit je drei Stunden) mit insgesamt über 150 Teilnehmern durch. Auf diesen Trainings wird durch Entspannungsübungen krankmachender Streß abgebaut. Durch Vorstellungsübungen wird das körpereigene Abwehrsystem

**Das Projekt Ganzheitliche Heilung**

Die Frage nach Gesundheit und Krankheit betrifft jeden hautnah. Die derzeitigen medizinischen Methoden bedürfen einer Überprüfung. Allein schon die Kostenexplosion zwingt zur Strukturänderung unseres Gesundheitswesens. Auch erweist sich das mechanistische Menschenbild, das bei uns vielfach noch die Medizin bestimmt, als sehr fragwürdig. Trotzdem wollen wir unser System in arme Länder – wie z. B. Uganda – exportieren.

In der Uganda-Gruppe beschäftigen wir uns mit der Frage: Was können wir im Blick auf das Heilen von den Afrikanern lernen? In Uganda haben wir erfahren, daß im traditionellen Verständnis Krankheit als Störung im Lebensrhythmus, in der Gemeinschaft und in der Beziehung zu Gott verstanden wird. Wir haben erlebt, daß Gesundheitsarbeiter bei ihren Fahrten in entlegene Dörfer dort nicht nur mit Medikamenten behandeln, sondern die Bewohner unter dem Dorfbaum ins Gespräch darüber bringen, was sie selbst zur Heilung beitragen und wie sie selbst Vorsorge treffen können.

Wir beschäftigen uns mit dem Heilungsverständnis in biblischen Geschichten. Es zeigte sich, daß das Evangelium den ganzen Menschen anspricht, mit Leib und Seele, in seiner sozialen Situation. Gott hat den Menschen Gaben und Kräfte gegeben, an seiner Gesundheit mitzuarbeiten. Die Gemeinde unterstützt diese Arbeit. Auf keinen Fall ist der Mensch eine Maschine, die durch Medizin repariert wird.

Von diesen Ansätzen her entstand in der Uganda-Gruppe der Plan, ein „Gesundheitstraining“

verstärkt. Vielfältige Körperübungen, meditativer Tanz, Malen und Gespräch sind Methoden des Trainings. Nach Abschluß des Trainings treffen sich die Teilnehmer weiterhin in Hauskreisen. Die Trainings fanden ein ausgesprochen gutes Echo.

Auch Kurse und ein Partnerschaftstraining zur Klärung der Beziehungen sowie Seminare zum Verständnis von Heilung in biblischen Geschichten werden durchgeführt.

Im Zusammenhang dieser Arbeit bildete sich eine Gruppe von Ärzten, Psychologen und Pastoren, die an einem ganzheitlichen Verständnis von Heilung arbeiten. So zeigte sich z. B. in der Krebsforschung, daß die psychischen Komponenten bei der Entstehung und der Heilung dieser Krankheit bisher viel zu wenig berücksichtigt wurden. Untersuchungen haben ergeben, daß Patienten, die Gefühle freier äußern und auch Aggressionen offener zulassen können, bessere Heilungschancen haben. Zur Zeit überlegen wir, wie in Kliniken und in Gemeinden mehr auf die Situation der Kranken eingegangen werden kann.

Die Gruppe wird die Zwischenergebnisse ihrer Arbeit zur Diskussion stellen. Die Veranstaltung der Christus-Gemeinde findet am 26. April um 20 Uhr im Kronshagener Bürgerhaus (Klöndeel) statt. Der Abend steht unter dem Thema: Ganzheitliches Heilen – am Beispiel von Krebserkrankungen. Alle sind zu den einführenden Kurzreferaten und anschließenden Gesprächen herzlich eingeladen

Pastor Onnasch

**AUS DEN VERBÄNDEN**

**Die Ferienfahrten der Arbeiterwohlfahrt**

»Waldheim« bei Heilbrunn, für 8 bis 12 Jahre, 34 Teilnehmer, vom 23.7. bis 12.8.1988 – 590,— DM – Krankenkassenzuschüsse und Zuschüsse der Gemeinde können beantragt werden –

HABY in den HÜTTENERBERGEN, für 8 bis 12 Jahre, vom 2.7. bis 15.7. und 30.7. bis 12.8.1988 – Zuschüsse der Gemeinde können beantragt werden – 320,— DM

MANDERSCHIED in der Vulkan-eifel, für 30 Teilnehmer von 8 bis 12 Jahren, vom 2.7. bis 27.7.1988 – 590,— DM – Zuschüsse bei Krankenkassen und Gemeinde können beantragt werden – FAHRRADTOUR für 15 Teilnehmer von 13 bis 15 Jahren vom 16.7. bis 25.7.1988 – 170,— DM

SPRACHFERIEN IN ENGLAND: für 15 bis 18 Jahre: 7.7.-27.7., Christchurch, 48 Teilnehmer, 955,— DM

für 15 bis 18 Jahre: 21.7.-10.8., Weymouth, 48 Teilnehmer, 955,— DM

für 13 bis 15 Jahre: 3.7.-23.7., Bexhill, 48 Teilnehmer, 955,— DM

für 13 bis 15 Jahre: 21.7.-10.8., Bexhill, 48 Teilnehmer, 955,— DM

(bei beiden letzteren Angeboten zusätzliches Sport- und Freizeitprogramm)

Auf Anfrage: Video-Freizeiten

Impressum: **Kontakte**  
Sozialdemokratische Bürgerzeitung Kronshagen  
Herausgeber: SPD Kronshagen  
V.i.S.P. Cord P. Lubinski  
Elsa-Brandström-Str. 12; T: 54 27 58  
Druck: Martin-Druck, Kiel

# kontakte

Sozialdemokratische Bürgerzeitung

April 88

## Wochenmarkt in Kronshagen?

Was lange währt..., braucht endlich Schub, sagte sich die SPD Kronshagen und stellte in der Gemeindevertretung den Antrag, die Einrichtung eines Wochenmarktes in Kronshagen voranzutreiben. Bereits im September 1978 hatte die Gemeindevertretung einen Grundsatzbeschuß in dieser Angelegenheit gefaßt – die Aktivitäten versiegten dann aber schnell wieder.

SPD-Gemeindevertreter Achim Lausmann hat nun die Initiative ergriffen und die Chancen sowie mögliche Standorte eines Marktes sondiert. Dabei zeigte sich schnell, daß ein Markt sowohl von Seiten der Marktbetreiber als auch von den Kronshagener Bürgern positiv beurteilt wird. Als günstigster Termin wurde überwiegend der Donnerstag Nachmittag genannt. An diesem Tag könnten leistungsstarke Anbieter nach Kronshagen kom-



men und insbesondere berufstätige Frauen erhielten eine weitere attraktive Einkaufsmöglichkeit am Ort.

Als schwierigster Faktor erweist sich der künftige Standort. Von den rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen her kommen nur wenige Plätze überhaupt in Frage. Auf jeden Fall müssen die mit einem Wochenmarkt an jedem Standort jeweils

entstehenden Verkehrs- und Umweltbelastungen sorgfältig abgewogen werden.

Nur so läßt sich gewährleisten, daß ein Markt die Lebensqualität der Kronshagener auch wirklich erhöht.

Wenn Sie zu diesem Thema weitere Anregungen oder Bedenken haben, wenden Sie sich bitte an Ihren SPD - Gemeindevertreter, damit wir diese in unseren weiteren Ausschußberatungen frühzeitig berücksichtigen können.

**KRONSHAGEN**



**FÜR ENGHOLM**

**Liebe Bürgerinnen und Bürger in Kronshagen,**

in vielen Gesprächen und Diskussionen in den letzten Monaten wurde mir immer wieder die Frage gestellt: Wie sollen vor allem junge Menschen überhaupt noch Vertrauen in Politiker, in die Demokratie, in unseren Staat entwickeln? Und oft wird gleichzeitig die »Staatsverdrossenheit« und der »Werteverfall« bei den jungen Menschen beklagt – von den gleichen Politikern, die diesen Verdrub selbst mit zu verantworten haben.



Ute Erdsiek-Rave

Würden Sie statt dessen den jungen Menschen mehr zuhören, dann müßten sie feststellen: das Urteil über die angeblich so unpolitischen jungen Leute ist falsch. Sie interessieren sich für die großen politischen Probleme, sie wissen, daß Arbeitslosigkeit, Umwelterstörung, Atomtechnologie ihre Zukunft bedrohen.

Aber sie haben auch die Erfahrung gemacht, daß Reden und Handeln in der Politik oft zweierlei ist und daß sie selbst kaum Einfluß nehmen können auf das, was »da oben« geschieht.

Fortsetzung von Seite 1

Daß Vertrauen in den Staat nur zu beschwören, wenn seine höchsten Repräsentanten in dieser Weise versagt haben, ist sinnlos. Der Staat, seine Apparate und Instanzen verdienen auch keinen Vertrauensvorschuß. Sie müssen sich dieses Vertrauen immer wieder erwerben durch ihren Umgang gerade mit jungen Menschen, durch das Ausmaß an Offenheit, Mitbeteiligung und Mitbestimmung, das sie ihnen gewähren. Und wir als Politikerinnen und Politiker sind verpflichtet, dafür die Bedingungen zu schaffen. Das gilt für die Politik vor Ort, die für die Menschen durchsichtiger und bürgernäher werden muß, genauso wie für die Landespolitik. Für

den vor uns liegenden Wahlkampf bedeutet dies:

Wir werden als SPD keine leeren Versprechungen machen, die wir als zukünftige Landesregierung nicht einhalten können. Der finanzielle Spielraum des Landes ist äußerst gering und der schonungslose Kassensturz wird dies allen deutlich machen. Aber wir können andere Prioritäten setzen, und wir können auch vieles in Bewegung bringen, was nicht viel Geld kostet: für eine stärkere Bürgerbeteiligung an politischen Entscheidungen auf allen Ebenen sorgen, für mehr Gleichberechtigung von Männern und Frauen, für ein offenes, tolerantes Meinungsklima, in dem der notwendige politische Streit nicht mehr zum Kampf ver-

kommt, in dem alle Mittel recht sind.

Glaubwürdigkeit wieder herstellen: das heißt vor allem, in Reden und persönlichem wie politischem Handeln übereinstimmen. Das ist der Prüfstand, auf dem wir Politikerinnen und Politiker in den nächsten Wochen für die Augen und Ohren der Öffentlichkeit stehen.

Ich hoffe sehr darauf, daß Sie alle Augen und Ohren offenhalten, sich einmischen, Ihre Meinung überall da sagen, wo wir Ihnen Gesprächsangebote machen. Und ich setze auch darauf, daß Sie am 8. Mai zur Wahl gehen und werbe um Ihre Stimme.

Ihre  
Ute Erdsiek-Rave

## KOMMENTAR



Liebe Mitbürgerinnen,  
liebe Mitbürger,

das herausragende kommunalpolitische Ereignis der letzten Wochen und Monate war sicherlich die Bürgermeisterwahl. Zumindest muß man es nach dem Interesse, das die Kandidatenvorstellung und dann auch die endgültige Wahl bei der Bevölkerung hervorrief, vermuten. Vor jeweils vollbesetztem Bürgerhaus wurde der Nachfolger von Dr. Stoltenberg gesucht. Nun ist mit Dr. Darsow, der am 30.03.88 in sein Amt eingeführt wird, der Bürgermeister gewählt. Ein Bewerber, der seine kommunalpolitische Ausbildung nach dem Jurastudium in einer Landkreisverwaltung erhielt und jetzt noch als Beamter im Innenministerium (Verfassungsschutz) seinen Dienst verrichtet. Die SPD-Fraktion wünscht dem neuen Bürgermeister einen guten Anfang und eine immer glückliche Hand als Verwaltungschef der Gemeinde Kronshagen zum Wohle aller Bürger dieser Gemeinde. Die Gemeindevertreter und bürgerschaftlichen Mitglieder der SPD-Fraktion sind zu einer kooperativen Zusammenarbeit bereit.

Es ist sicherlich nicht verborgen geblieben, daß die SPD-Fraktion sich für das Amt einen anderen Kandidaten gewünscht hätte. Unseres Erachtens hätte der parteilose Kandidat Sprenger, als ehrenamtlicher Vorsitzender des Kirchenvorstandes den Kronshagener Bürgern weithin

bekannt, aufgrund seiner gediegenen Verwaltungserfahrung von vornherein den Verwaltungschef für alle Kronshagener abgeben können. Allein die Stimmen der SPD reichten für eine erfolgreiche Kandidatur nicht aus.

Mit der Einführung in das Amt des Bürgermeisters scheidet Bürgermeister Dr. Stoltenberg aus den Diensten der Gemeinde. Nach 8 Jahren Gemeindevertreter- und 14 Jahren hauptamtlicher Tätigkeit für die Gemeinde Kronshagen verabschieden wir ihn in den Ruhestand. War die Zusammenarbeit auch nicht in allen Fällen problemlos zwischen der SPD-Fraktion und dem Bürgermeister, (manche harte Auseinandersetzung zeugt davon) so ist positiv zu vermerken, daß das Herz des scheidenden Bürgermeisters immer der Gemeindevertretung zugetan war. Die SPD-Fraktion wünscht ihm im Ruhestand vor allem Gesundheit und die nötige Zeit für die »Steckenpferde«.

Die letzte Gemeindevertreter Sitzung brachte dann schon wieder kommunalpolitischen Alltag. Insbesondere die Änderung des Flächennutzungsplanes führte zu heißen Debatten. War doch hier der zwischen den Parteien strittige B-Plan 25, Eichkoppelweg dem Grunde nach schon mit angesprochen. (s. Artikel: »Eine Erfahrung gewonnen - Gärten verloren«). Hervorzuheben an der ganzen Angelegenheit ist, daß das Bauamt, obwohl nach dessen Ausführungen vollkommen überlastet, in einem bemerkenswerten Einsatz sich vollkommen selbstlos für die Belange eines Grundeigentümers einsetzt. Die SPD-Fraktion wird bei der Nachfrage zum Erledigungsstand anderer Vorgänge auf diese selbstlose Verfahrensweise zurückkommen. Sicherlich wird man dann wortreiche Erklärungen abgeben, warum und weshalb die eine oder andere Sache noch nicht erledigt werden konnte. Aber wie heißt es doch immer so schön: Vor der Verwal-

tung sind alle gleich, einige etwas gleicher. Versprochen ist versprochen.

Zum Schluß noch etwas über die Schnitzelgrube. Nachdem diese Einrichtung erst 120.000 DM kosten sollte, sie dann im Haushalt schon mit über 200.000 DM veranschlagt wurde, soll sie nun nach letzten Schätzungen an die 400.000 DM kosten. Dies alles für den Schulsport. Aber nach wie vor steht in keinem Erlaß, daß Hochleistungssport in der Schule auf dem Lehrplan zu stehen hat. Also doch Sportförderung der Gemeinde für einen Verein? So ist es! Jetzt werden publikumswirksam schon ausländische Sportfunktionäre vom Verein zur Durchsetzung des Wunsches des Vereins auf Erstellung einer Schnitzelgrubenbehelfslösung eingesetzt. Aber der Verein kann doch beruhigt sein: Wenn etwas versprochen ist, dann ist es versprochen. Koste es, was es wolle. Oder traut man diesen Versprechungen nicht mehr?

Auf den Bauhof und das Feuerwehrgerätehaus und auf die damit verbundenen Versprechungen werde ich dann beim nächsten Mal zurückkommen. Versprochen ist versprochen. Ihr  
Cord Peter Lubinski



Die im Dunkeln sieht man nicht

Zeichnung: Bernd Gutzeit

## STEUER TIPS

Nach dem bisher gültigen Steuerrecht konnten die Eigentümer eines Hauses oder einer Wohnung, wenn sie diese nahen Verwandten für eine stark reduzierte Miete überließen, Werbungskosten nur im gleichen Verhältnis absetzen, in dem die Miete zu ortsüblichen Vergleichsmietstand. Nach dem neuen Steuerrecht können Werbungskosten schon für 1987 vom Vermieter immer dann im vollen Umfang abgesetzt werden, wenn die erhaltene Miete mindestens die Hälfte der marktüblichen Miete beträgt.

In diesen Fällen wird davon ausgegangen, daß auch die günstigere Vermietung an einen Verwandten mit einer Gewinnerzielungsabsicht verbunden ist.

Die bisherige Regelung gilt aber noch in den Fällen, in denen die vereinbarte Miete weniger als die Hälfte der marktüblichen Miete beträgt.



Martin Drud

Speziell:  
Flugblätter

REINER MARTIN  
SCHRIFTSETZERMEISTER

Knooper Weg 140b - 2300 Kiel 1  
Telefon 0431 / 56 79 57

## Frohe Ostertage



wünschen der  
Ortsverein,  
Fraktion und  
Redaktion

# Eine unheilige Allianz

»Eine unheilige Allianz, an deren Ende die finanzielle Ausblutung der Kommunen steht« sind nach Ansicht der SPD-Bundestagsabgeordneten Heide Simonis, der Bundesfinanzminister Stoltenberg und der Bundeswirtschaftsminister Bangemann eingegangen.

Während Bangemann mit Gewalt die Abschaffung der Gewerbesteuer betreibt und auf diese Weise Millionen-Löcher in die Haushalte der Kommunen reißt, hat der Bundesfinanzminister jetzt einen weiteren Weg gefunden, seinen Haushalt auf Kosten der Gemeinden zu sanieren. Nach geltendem Recht unterliegen Zinseinkünfte genauso wie andere Einkünfte der Einkommensteuer, an deren Aufkommen der Bund mit 42,5 %, die Länder mit 42,5 % und die Gemeinden mit 15 % beteiligt sind. Die geplante Quellensteuer fließt dagegen als Kapitalertragssteuer nur in die Kassen von Bund und Ländern (jeweils 50 %). Die Gemeinden gehen dabei leer aus. Sie werden sogar noch mit

70 Millionen jährlich belastet, weil die gezahlte Quellensteuer auf die Einkommensteuerschuld steuermindernd angerechnet wird und damit das Aufkommen der Einkommensteuer Gemeindegemeindeanteil 15 %) verringert. Nach dem Konzept der SPD zur Anwendung des geltenden Steuerrechts fällt dagegen das Aufkommen aus der Besteuerung von Kapitalerträgen voll bei der Einkommensteuer an. Damit sind die Gemeinden automatisch an den Mehreinnahmen beteiligt. Die Gemeinden werden also nicht nur durch die sogenannte Steuerreform mit Mindereinnahmen in Höhe von 10 Milliarden zur Kasse gebeten, sondern um seine Haushaltslöcher zu stopfen, erfindet der Bundesfinanzminister eine neue Steuer an den Gemeindekassen vorbei, die diese obendrein auch noch ein weiteres Mal belastet. Es nimmt nicht wunder, daß Ministerpräsident Strauß dem Bundesfinanzminister Schlampigkeit oder bösen Willen unterstellt, denn das



Heide Simonis (SPD)  
Mitglied des Deutschen Bundestages

koordinierte Vorgehen von Bangemann und Stoltenberg lassen Methode erkennen.

Wann wird endlich die amtierende Landesregierung dem Spuk ein Ende machen? Der strukturschwache Norden kann weitere finanzielle Aderlässe nicht mehr ertragen.

Eine SPD geführte Landesregierung wird sich im Bundesrat entschieden gegen jede weitere Schlechterstellung der Gemeinden zur Wehr setzen.

(Heide Simonis, MdB  
wird Finanzministerin  
einer SPD - Landesregierung)

## KEIN ARZNEIMITTEL IST HARMLOS

Wenn Sie kleinere Unpäßlichkeiten selbst behandeln wollen, sollten Sie Ihren Apotheker fragen. Er empfiehlt Ihnen ein Medikament, das Ihnen gezielt hilft. Und er sagt Ihnen auch, wann es besser ist, einen Arzt aufzusuchen. Damit aus Bagatellen keine großen Krankheiten werden.

IHR APOTHEKER - BERATER FÜR ARZNEI UND GESUNDHEIT

## Kronshagen ist auf Achse

Teilfortschreibung des  
Regionalplanes »Kieler Umland«

Im Rahmen des Verbandsplanes für den Großraum Kiel liegt Kronshagen auf der Siedlungsachse Kiel-Westufer, Kronshagen / Kopperpahl, Klausbrook, Suchsdorf und Gettorf. Für diese Achse soll eine gemeinsame Planung und Entwicklung der Versorgungs- und Verkehrsinfrastruktur verwirklicht werden.

Die Bevölkerungsentwicklung von Kronshagen wird in diesem Plan für 1995 auf 12.000 Einwohner geschätzt. Dieser Richtwert liegt damit unter dem gegenwärtigen Stand. Unter dieser Prämisse wird von den Planern ein Anstieg des Wohnungsbestandes von etwa 500 Wohneinheiten angepeilt. Was nun die Wohnbereiche anlangt, so setzt der Regionalplan in Kronshagen die Prioritäten auf die Baulückenschließung, während eine Ortserweiterung durch neue geschlossene Baugebiete nicht mehr angestrebt wird. Die Gemeinde sollte noch bestehende Freiflächen als Siedlungsgrün von Bebauungen freihalten und sich bemühen, wo es möglich ist, örtliche Grünzüge in die zentralen Baubereiche hineinzuführen.

Anders als die Kronshagener CDU / FDP-Koalition legt der Regionalplan viel Wert auf die Schaffung und Erhaltung von Erholungslandschaften (zu denen auch Kleingartengelände wie am Eichkoppelweg gehören), die mit Wanderwegen, Radwegen und Rast- und Spielflächen den Bürgern erschlossen werden sollen.

Neben der Nutzungskonkurrenz von Wohn- und Grünflächen ist das Gesamtverkehrssystem des Kieler Raumes angesprochen. Es wird ein einheitliches Regionalverkehrskonzept angestrebt, das jedoch für Kronshagen vergleichsweise vage und damit unbefriedigend bleibt.



## Eine unnötige Debatte

Stellungnahme zum »Planfeststellungsverfahren Bundesautobahn auf der Mühlenwegtrasse« so hieß der Tagesordnungspunkt 9 der Sitzung der Gemeindevertretung am 9.3.88.

Das Planfeststellungsverfahren gibt Einzelpersonen und Gemeinden die Möglichkeit, zu einem überörtlichen Bauvorhaben Stellungnahmen abzugeben oder Widerspruch einzulegen.

Die Stellungnahme war schon in der Vorberatung einmütig positiv. CDU- und SPD-Fraktion haben keine Einwände gegen den Bau der Stadtautobahn. 3 zusätzliche Hinweise sollten die besonderen Kronshagener Interessen unterstreichen.

1. Es wird der Ausbau des Skandinavienhammes gefordert (notwendig, um den Mettenhofverkehr an die Autobahn zu bringen statt als Schleichverkehr durch Kronshagen).
2. Es wird daran erinnert, daß nur ein Autobahnanschluß an

der Olshausenstraße verhindern kann, daß der Universitätsverkehr weiter den Weg durch Kronshagen nimmt.

3. Wegen der Presseveröffentlichung des Kieler Stadtbaurats zu Änderungen am Generalverkehrsplan der Landeshauptstadt wird Kronshagens Bürgermeister beauftragt, die Auffassung  
— der Gemeindevertretung nachdrücklich zu vertreten.  
— Dazu hatte die Gemeindevertretung am 7.4.87 bereits einen Beschluß gefaßt.

Verstehen Sie, verehrte Leserinnen und Leser, warum die CDU zum Sitzungsbeginn einen eigenen Antrag einbrachte, der genau diese Punkte enthielt?

Alle freundlichen Hinweise und Ratschläge in der fast einstündigen Diskussion, diesen Antrag zurückzuziehen, waren umsonst.

Mehrheit ist Mehrheit. So stimmte die CDU bei Stimmenthaltung der SPD für etwas, was bereits beschlossen war. Th. Sakmiera

# Erfahrung gewonnen — Gärten verloren



Dann war da noch die Forderung nach einem neuen Feuerwehrgerätehaus und der Umzug des Bauhofes der Gemeinde von der Wendenstraße an den Eichkoppelweg.

Die SPD vertritt hier weiter den Standpunkt, daß bei einer Neugestaltung der Ortsmitte sowohl die berechtigten Forderungen der Feuerwehr zu realisieren wie wie auch die umwelt- und nachbarschaftsverträgliche Umgestaltung des Bauhofes am alten Ort.

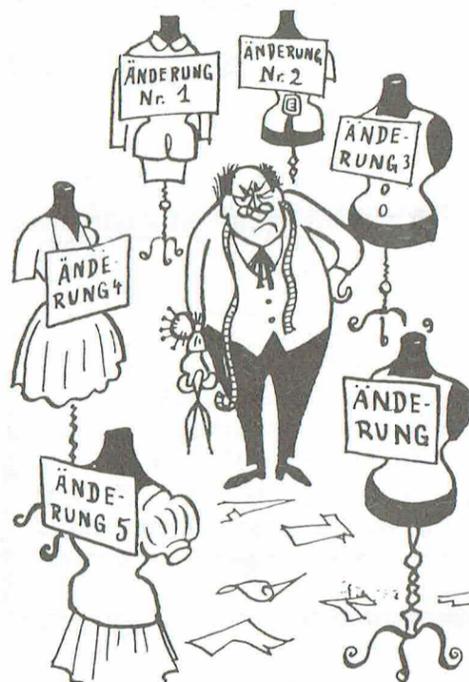
40.000 DM kostete die Steuerzahler die CDU-Idee, für Kronshagen einen neuen Flächennutzungsplan aufzustellen. Die SPD-Idee, es bei einer Änderung des bestehenden zu belassen, konnte erst nach der Kommunalwahl 1986 verwirklicht werden. Ein Dollpunkt blieb auch jetzt: Die Auflösung der Dauerkleingärten am Eichkoppelweg wurde zum Dauerstreitpunkt.

Die SPD war für den Erhalt der Gärten und sie bleibt dabei, aus ortsgestalterischen und aus ökologischen Gründen.

Wenn es in der Vergangenheit darum ging, einen Radweg anzulegen oder eine unübersichtliche Straßenkreuzung sicherer zu machen, scheiterten diese Projekte zumeist, wenn ein Eingriff in den Privatbesitz erforderlich wurde. Welches übergeordnete öffentliche Interesse erforderte nun die Auflösung des Dauerkleingartengebietes?

CDU und Verwaltung verweisen immer wieder auf den Regionalplan Kieler Umland. 500 Wohneinheiten sollten danach im Zeitraum von 1983 bis 1995 in Kronshagen erstellt werden.

Das sieht die SPD ganz anders: Will Kronshagen seinen Ruf als Gartenstadt erhalten, müssen die unbebauten Flächen, die nur noch 50 % der Gemeindefläche betragen, erhalten bleiben. Mit der Erschließung der Baugebiete, u. a. Herrenwiese, Waidmannsruh, Aubrücke, Tegelukhle und den Lückenbebauungen in den verschiedenen Ortsteilen ist Kronshagen dieser Regionalplan - Empfehlung bereits seit 1983 gefolgt.



Die SPD fragt, zu welchem Zweck überhaupt noch ein Gutachten in Auftrag gegeben wurde, die Organisation des Bauhofes und seine Standortfrage zu untersuchen. Weiß der Gutachter schon, wohin die CDU den Bauhof haben möchte, da das Gelände am Eichkoppelweg bereits jetzt zu diesem Zweck ausgewiesen wurde?

Kritik übte die SPD auch am Verfahrensablauf dieser 7. Änderung des F-Planes. Während in

der öffentlichen Bürgeranhörung noch der Eindruck erweckt wird, daß das Ergebnis noch völlig offen sei, werden in der Verwaltung schon die Kündigungsschreiben für die Kleingärtner vorbereitet. Mit diesem rechtlich zwar zulässigen Verfahren wird die Glaubwürdigkeit der Gemeindevertreter herabgesetzt; sie aber müssen die Entscheidung gegenüber dem Bürger vertreten.

Wenn unter dem Druck offizieller Schreiben die Mehrzahl der Kleingärtner das offensichtlich Unvermeidbare hinnimmt, kann dies jedoch nicht als allgemeine Zustimmung gewertet werden. Umso mehr verdienen die Anerkennung, die ihre Bürgerrechte bis zuletzt wahrgenommen haben.

Die Planungshoheit, d. h. die Entscheidung über einen F-Plan oder seine Änderung liegt bei der Gemeindevertretung. Höhere Verwaltungsbehörden erheben nur Einspruch bei Rechtsverletzungen. Das Ergebnis ihrer Bedenken und Anregungen ist den Bürgern mitzuteilen - so steht es im Baugesetzbuch. Die SPD meint, daß dieses nicht in einer ausreichenden, für alle verständlichen Form geschehen ist. Daraus sind Lehren zu ziehen.

Nachzutragen bleibt: Für den, der seinen Garten verliert, ist es kein Trost. Aber ohne den Protest der Kleingärtner und derjenigen, die um den ökologischen Bestand gerungen haben, wäre auch der verbliebene kleine Erfolg nicht möglich gewesen. In der F-Plan-Änderung wurden Grünflächen und standortgerechte Bepflanzung festgesetzt, wie es in diesem Umfang in Kronshagen bisher nicht der Fall gewesen ist. Th. Sakmierda

# Durch Hilfe zur Selbsthilfe

ASF-Kleiderbörse brachte Reinerlös für den Marie - Schlei - Verein  
Dia-Vortrag über 2 der betreuten Projekte

Wieder füllte bunter Marktbetrieb Eingang und Saal des Bürgerhauses: Junge Frauen bieten getragene Kinderkleidung an, Kinderspielzeug und »ausgelesene« Bücher, die Frauen der ASF verkaufen gespendete Kleidungsstücke, Kaffee und Kuchen zugunsten von Frauenarbeitsplätzen in Entwicklungsländern. Am Ende kamen wieder 300 DM Reinerlös zusammen, der wie seit Jahren dem Konto des ehrenamtlich geleiteten Marie - Schlei - Vereins zugutekommt.

Christa Randzio-Plath vom Vorstand des Vereins und Renate Vincenz, Gruppenleiterin des Vereins in Hamburg, zeigten mit eindrucksvollen Bildern, deren fröhliche Buntheit bei oberflächlicher Betrachtung täuschen

könnte, das harte, mühsame Leben und Arbeiten der Frauen in Ikombe, Tansania und Kolda/Senegal.

Was will und kann der Marie - Schlei - Verein tun, weshalb wurde er gegründet? Wir fragten und erfuhren:

Der Marie - Schlei - Verein will helfen, die Armutssituation der Frauen in der Dritten Welt zu überwinden, Lebensbedingungen von Frauen zu verbessern und damit Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten. Der Verein fördert Projekte, die Frauen selbst entwickelt haben, die Frauen durchführen und verwalten und die Frauen zugutekommen. Die Projekte verfolgen Bildungs- und Ausbildungszwecke.

Gegründet wurde der Verein 1984 in Erinnerung an die frühere Entwicklungshilfeministerin Marie Schlei. Sie hatte für die Einbeziehung der Frauen in den

Entwicklungsprozeß der Dritten Welt plädiert. Zur Zeit fördert der Verein 26 Projekte in Lateinamerika, Afrika und Indien.

Deutlich wurde: Man will helfen, auszubilden, Arbeit zu fördern und Produkte technisch zu verbessern (z. B. haltbarere Tontöpfe, die die Transporte besser überstehen), für die es auch Marktchancen gibt. Aber auf das Zusammenleben der Menschen, der Frauen und Männer will man keinen Einfluß nehmen. Auch wenn wir nicht einsehen können, warum Frauen ihre traditionelle Arbeit wie bisher tun und außerdem ihre Familien ernähren, wie es häufiger der Fall ist.

Die ASF Kronshagen überlegt, ob sie die Patenschaft für ein Projekt des Vereins übernimmt. Das würde bedeuten, Kontakt aufzunehmen, sich speziell zu informieren und gezielter zu helfen.

Annemarie Meyer-Delius

# Oskar Lafontaine kommt ins Bürgerhaus

23. April 1988 um 17 Uhr



## X Die Frauen in der SPD laden ein:

Am 13. April 1988, 19 Uhr, Aula Realschule  
**SIGRUN KIESEWETTER**  
singt Hoch- und Plattdeutsche Lieder  
zur Gitarre. Anschl. diskutieren wir mit  
**EVA RÜHMKORF**, die im neuen Kabinett Engholm Kultusministerin werden soll, und  
**UTE ERDSIEK-RAVE**, MdB über das Thema:

**Gleichstellung — was kann die Schule dafür tun?**